

SATZUNG

der Ortsgemeinde Rheinzabern
über die Erhebung von Hundesteuer
vom 29.11.2002

Der Ortsgemeinderat Rheinzabern hat auf Grund des § 24 der Gemeindeordnung (GemO), des § 1 Abs. 1 des Landesgesetzes über die Ermächtigung der Gemeinden zur Erhebung von Vergnügungssteuer und Hundesteuer und den §§ 2 und 5 Abs. 2 Satz 1 des Kommunalabgabengesetzes (KAG), in den jeweils gültigen Fassungen, die folgende Satzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Steuergegenstand / Entstehung der Steuer

- 1) Gegenstand der Steuer ist das Halten von Hunden im Gemeindegebiet.
- 2) Die Steuer entsteht mit Beginn des Jahres, für das die Steuer festzusetzen ist.

§ 2

Steuerschuldner, Haftung

- 1) Steuerschuldner ist der Halter des Hundes. Hundehalter ist, wer in der Gemeinde seinen Hauptwohnsitz hat und einen Hund in seinen Haushalt¹ aufgenommen hat.
- 2) Als Halter gilt auch, wer einen Hund in Pflege oder Verwahrung genommen hat oder auf Probe oder zum Anlernen hält, wenn er nicht nachweisen kann, dass der Hund in einer Gemeinde der Bundesrepublik bereits steuerlich erfasst ist. Die Steuerpflicht tritt in den Fällen des Satzes 1 erst ein, sobald die Pflege, Verwahrung oder die Haltung auf Probe oder zum Anlernen den Zeitraum von zwei Monaten überschreitet.
- 3) Alle in einen Haushalt oder in einen Betrieb aufgenommenen Hunde gelten als gemeinsam gehalten. Halten mehrere Personen gemeinsam einen oder mehrere Hunde, so sind sie Gesamtschuldner.

§ 3

Anzeigepflicht

- 1) Wer einen Hund hält (§ 2 Abs. 1), hat ihn binnen 14 Tagen nach Beginn der Haltung bei der Verbandsgemeindeverwaltung Jockgrim anzumelden.
- 2) Bei der Anmeldung sind von dem Halter folgende Angaben glaubhaft nachzuweisen:

¹ Haushalt in diesem Sinne ist der gesamte private Lebensbereich des Hundehalters. Es ist nicht erforderlich, dass sich der Hund räumlich im Haushalt im umgangssprachlichen Sinne, konkret also in der Wohnung oder im Haus des Hundehalters aufhält. Auch ein in einem Zwinger, auf einem nicht bebauten Grundstück oder einem Firmengelände untergebrachter Hund ist im hundesteuerrechtlichen Sinne im Haushalt des Halters aufgenommen.

- a) Name und Anschrift des Hundehalters,
- b) Anschaffungs- bzw. Zuzugsdatum,
- c) Rasse², Farbe, Geschlecht und Wurfstag bzw. Alter des Hundes,
- d) Anzahl der gehaltenen Hunde,
- e) Name und Anschrift des Vorbesitzers.

Soweit die Gemeinde berechnete Zweifel an den Angaben des Hundehalters bezüglich der Rasse hat, kann auf Kosten des Hundehalters das Gutachten eines Amtstierarztes gefordert werden, wenn die zweifelhaften Angaben steuererheblich sind.

- 3) Der bisherige Halter eines Hundes hat den Hund, der abgeschafft wurde, abhanden gekommen oder gestorben ist oder mit dem er wegzieht, innerhalb von 14 Tagen abzumelden. Im Falle der Abgabe des Hundes sind bei der Abmeldung Name und Anschrift des Erwerbers anzugeben. Falls der Erwerber in einer anderen Gemeinde wohnt oder der Halter in eine andere Gemeinde umzieht, wird diese unterrichtet.
- 4) Fallen die Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder die Steuerfreiheit weg oder ergeben sich sonstige Änderungen in der Hundehaltung, so hat der Hundehalter dies binnen 14 Tagen anzuzeigen.

§ 4

Beginn und Ende der Steuerpflicht

- 1) Die Steuerpflicht beginnt mit Anfang des auf die Aufnahme eines Hundes in einen Haushalt folgenden Monats, frühestens mit dem Monat, in dem er drei Monate alt wird.
- 2) Die Steuerpflicht endet mit Ablauf des Kalendermonats, in dem der Hund abgeschafft wird, abhanden kommt oder stirbt. Kann der genaue Zeitpunkt nicht nachgewiesen werden, endet die Steuerpflicht mit Ablauf des Monats der Abmeldung.
- 3) Bei Wohnortwechsel eines Hundehalters beginnt und endet die Steuerpflicht entsprechend den Absätzen 1 und 2.

§ 5

Steuersatz

- 1) Der Steuersatz pro Hund wird jährlich in der Haushaltssatzung festgesetzt.
- 2) Beginnt oder endet die Steuerpflicht im Laufe eines Jahres, so ist die Steuer auf den der Dauer der Steuerpflicht entsprechenden Teilbetrag festzusetzen.

§ 6

² Die Rasse darf aus Gründen des Datenschutzes nur erfragt werden, wenn diese Angabe steuerrelevant ist.

Festsetzung und Fälligkeit

- 1) Die Steuerschuld wird durch Abgabenbescheid als Jahressteuer festgesetzt.
- 2) Die Steuer wird erstmalig einen Monat nach dem Zugehen des Abgabenbescheides für die zurückliegende Zeit und dann vierteljährlich am 15. Februar, am 15. Mai, 15. August und 15. November mit jeweils einem Viertel des Jahresbetrages fällig.
- 3) Auf Antrag des Steuerschuldners kann die Hundesteuer abweichend von Abs. 2 am 1. Juli in einem Jahresbetrag entrichtet werden. Der Antrag soll spätestens bis zum 30. September des vorangehenden Kalenderjahres gestellt werden.
- 4) Für diejenigen Steuerschuldner, die für das Kalenderjahr die gleiche Hundesteuer wie im Vorjahr zu entrichten haben, kann die Hundesteuer durch öffentliche Bekanntmachung festgesetzt werden. Für die Steuerschuldner treten mit dem Tage der öffentlichen Bekanntmachung die gleichen Rechtswirkungen ein, wie wenn ihnen an diesem Tag ein schriftlicher Steuerbescheid zugegangen wäre.

§ 7 Steuerbefreiung

- 1) Steuerbefreiung ist auf Antrag zu gewähren für das Halten von
 1. Hunden, die zum Schutz und zur Hilfe blinder, gehörloser oder sonst hilfloser Personen unentbehrlich sind. Sonst hilflose Personen sind solche Personen, die einen Schwerbehindertenausweis mit den Merkmalen „B“, „BL“, „aG“ oder „H“ besitzen.
 2. Hunden, die aus Gründen des Tierschutzes vorübergehend in Tierasylen oder ähnlichen Einrichtungen untergebracht sind;
- 2) Hunde, für die nach Abs. 1 Steuerbefreiung gewährt wird, sind bei der Bemessung der Steuer für zu versteuernde Hunde nicht in Ansatz zu bringen.
- 3) In den Fällen des Abs. 1 Nr. 1 wird Steuerbefreiung nur für einen Hund gewährt.
- 4) Steuerbefreiung wird mit Ausnahme des § 7a Nr. 5 nicht für gefährliche Hunde im Sinne des § 11 gewährt.

§ 7a Steuerfreie Hundehaltung

Nicht besteuert ist nach Art. 105 Abs. 2a Grundgesetz insbesondere

1. die Hundehaltung durch juristische Personen und Personenvereinigungen
2. die Hundehaltung durch Personen, die gewerbsmäßig mit Hunden handeln
3. die Haltung von Diensthunden, deren Unterhalt überwiegend aus öffentlichen Mitteln bestritten wird,
4. die Haltung von Hunden, die zur Berufsarbeit und Einkommenserzielung notwendig sind,
5. die Haltung von Hunden, die von wissenschaftlichen Einrichtungen ausschließlich zu wissenschaftlichen Zwecken gehalten werden,

6. Sanitäts- oder Rettungshunde, die von anerkannten Sanitäts- oder Zivilschutzeinrichtungen gehalten oder ihnen uneingeschränkt zur Verfügung gestellt werden.

§ 8 Steuerermäßigung

- 1) Die Steuer ist auf Antrag des Steuerpflichtigen auf die Hälfte zu ermäßigen für das Halten von
 1. Hunden, die zur Bewachung von Gebäuden oder von Gebäudegruppen von höchstens fünf Gebäuden, welche von dem nächsten bewohnten Gebäude mehr als 200 m entfernt liegen, erforderlich sind, jedoch für höchstens zwei Hunde;
 2. Hunden, die an Bord von ins Schiffsregister eingetragenen Binnenschiffen gehalten werden;
- 2) Werden von einem Hundehalter neben Hunden, für welche die Steuer nach Abs. 1 ermäßigt wird, voll zu versteuernde Hunde gehalten, so gelten diese für die Bemessung der Steuer als zweite oder weitere Hunde.
- 3) Für Hunde, die gefährliche Hunde im Sinne des § 11 sind, wird keine Ermäßigung gewährt.

§ 9 Allgemeine Bestimmungen für die Steuerbefreiung und Steuerermäßigung

- 1) Die Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird wirksam mit Beginn des auf die Antragstellung folgenden Monats.
- 2) Steuerbefreiung oder Steuerermäßigung wird nur gewährt, wenn:
 1. die Hunde für den angegebenen Verwendungszweck geeignet sind; dies kann von der Vorlage eines entsprechenden Nachweises abhängig gemacht werden.
 2. der Halter der Hunde in den letzten fünf Jahren nicht wegen eines Vergehens gegen tierschutzrechtliche Bestimmungen belangt wurde.
 3. für die Hunde geeignete, den Erfordernissen des Tierschutzes entsprechende Unterkunftsräume vorhanden sind.
 4. In den Fällen des § 7 Abs. 1 Nr. 2 ordnungsgemäß Bücher über den Bestand, den Erwerb, die Veräußerung und die Abgänge der Hunde geführt und auf Verlangen vorgelegt werden.

§ 10 Überwachung der Anzeigepflicht

- 1) Für jeden Hund wird eine Hundesteuermarke ausgegeben, die außerhalb der Wohnung oder des befriedeten Grundbesitzes sichtbar vom Hund zu tragen ist. Andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sehen, dürfen dem Hund nicht angelegt werden. Bei Verlust der Steuermarke wird auf Antrag eine Ersatzmarke ausgehändigt. Bei der Abmeldung des Hundes ist die Steuermarke an die Gemeinde zurückzugeben.
- 2) Hunde, die außerhalb der Wohnung oder des umfriedeten Grundbesitzes des Hundehalters ohne gültige Hundesteuermarke und unbeaufsichtigt angetroffen werden, können durch Beauftragte der Gemeinde eingefangen werden.
- 3) Der Halter eines eingefangenen Hundes soll von dem Einfangen des Hundes in Kenntnis gesetzt werden. Meldet sich der Halter des Hundes innerhalb von 14 Tagen nach dem Einfangen des Hundes oder auf öffentliche Bekanntmachung nicht oder zahlt er die der Gemeinde entstandenen Kosten und die rückständige Hundesteuer nicht, so wird nach § 12 verfahren.
- 4) Die Gemeinde kann in Abständen von mindestens einem Jahr im Gemeinde-gebiet Hundebestandsaufnahmen durchführen. Dabei können folgende Daten erhoben werden:
 1. Name und Anschrift des Hundehalters
 2. Anzahl der gehaltenen Hunde
 3. Herkunft und Anschaffungstag
 4. Geburtsdatum
 5. Rasse

§ 11 Gefährliche Hunde

- 1) Gefährliche Hunde sind
 - a) Hunde, die sich als bissig erwiesen haben,
 - b) Hunde, die durch ihr Verhalten gezeigt haben, dass sie Wild oder Vieh hetzen oder reißen,
 - c) Hunde, die in aggressiver oder Gefahr drohender Weise Menschen angesprungen haben, und
 - d) Hunde, die eine über das natürliche Maß hinausgehende Kampfbereitschaft, Angriffslust, Schärfe oder andere in ihrer Wirkung vergleichbare Eigenschaft entwickelt haben.
- 2) Bei Hunden der Rassen
 - a) Pit Bull Terrier
 - b) American Staffordshire Terrier und
 - c) Staffordshire Bullterrier

sowie Hunden, die von einer dieser Rassen abstammen, wird die Eigenschaft als gefährlicher Hund unwiderlegbar vermutet.

3) Bei den folgenden Hunderassen wird die Gefährlichkeit vermutet, solange nicht der zuständigen Behörde für den einzelnen Hund durch geeignete Unterlagen (z.B. tierärztliches Gutachten) nachgewiesen wird, dass dieser keine gesteigerte Aggressivität und Gefährlichkeit aufgezeigt hat:

- a) Bullmastiff
- b) Bullterrier
- c) Dogo Argentino
- d) Dogue de Bordeaux
- e) Fila Brasileiro
- f) Mastiff
- g) Mastino Napoletano (Römischer Kampfhund)
- h) Tosa-Inu

Das gilt auch für Kreuzungen dieser Rassen untereinander oder mit anderen als den von Abs. 2 erfassten Hunden.

4) Diesen gleichgestellt sind Hunde die, gem. der Gefahrenabwehrverordnung von Rheinland-Pfalz in der jeweils gültigen Fassung, als gefährliche Hunde gelten.

§ 12 Versteigerung

- 1) Hunde, für die von dem Halter die Steuer nicht beigetrieben werden kann und die nicht innerhalb einer dem Hundehalter gesetzten Frist abgeschafft werden, können eingezogen und versteigert werden.
- 2) Bleibt die Versteigerung erfolglos oder verspricht sie nach dem Wert des Hundes offensichtlich keinen Erfolg, kann die Gemeinde über den Hund nach freiem Ermessen verfügen.
- 3) Übersteigt der Versteigerungserlös Steuerschuld und Unkosten des Verfahrens, wird der Überschuss dem Hundehalter ausgezahlt.

§ 13 Ordnungswidrigkeiten

- 1) Ordnungswidrig im Sinne des § 16 KAG handelt, wer vorsätzlich oder leichtfertig
 - 1. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 1 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig anmeldet,
 - 2. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 3 einen Hund nicht oder nicht rechtzeitig abmeldet,
 - 3. als Hundehalter entgegen § 3 Abs. 4 den Wegfall der Voraussetzungen für eine Steuerermäßigung oder Steuerbefreiung nicht rechtzeitig anzeigt,
 - 4. als Hundehalter entgegen § 10 Abs. 1 einen Hund außerhalb seiner Wohnung oder seines umfriedeten Grundbesitzes ohne sichtbar befestigte gültige Steuermarke umherlaufen lässt oder dem Hund andere Gegenstände, die der Steuermarke ähnlich sind, anlegt,
 - 5. die Auskunftspflicht verletzt, die im Zusammenhang mit der Hundebestandsaufnahme gemäß § 10 Abs. 4 gegeben ist.
 - 6. die Auskunftspflicht verletzt, die im Zusammenhang mit der Anmeldung gemäß § 3 Abs. 2 gegeben ist.

- 2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu zehntausend EUR geahndet werden.

§ 14 Inkrafttreten

- 1) Diese Satzung tritt mit dem 01. Januar 2003 in Kraft.
- 2) Gleichzeitig tritt die Satzung der Ortsgemeinde Rheinzabern über die Erhebung von Hundesteuer vom 31.01.2001 außer Kraft.

Rheinzabern, den 29.11.2002

gez.: Gerhard Beil
Ortsbürgermeister